

mit Schwerpunkt **M&A-Report**

Strukturwandel und internationaler Handel haben positive Auswirkungen auf die Umwelt

Häufig wird befürchtet, dass „schmutzige“, das heißt emissionsintensive Wirtschaftszweige ins Ausland abwandern, da Emissionen in Industrieländern deutlich strenger reguliert werden. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht diese Frage auf Basis neuer Datengrundlagen.

Kapitaleinsatzes, auch damit kompatible Umweltdaten, wie etwa Luftemissionen oder auch Energieverbrauch enthält.

Bilaterales Handelsaufkommen

Ein Vorteil der WIOD-Datenbank ist weiterhin, dass sie kompatible bilaterale Handelsdaten zwischen allen 40 Ländern bereitstellt. Das ZEW verwendet darüber hinaus für seine Untersuchung Daten aus weiteren Datenbanken, beispielsweise aus den Penn World Tables zum realen BIP pro Kopf, zur Bevölkerungsgröße sowie zur Offenheit einer Volkswirtschaft, die definiert wird durch die Summe der Importe und Exporte im Verhältnis zum BIP.

Basierend auf vorherigen Forschungsarbeiten schätzt das ZEW in seiner empirischen Analyse den Einfluss von Wirtschaftswachstum, technischer Entwicklung der Schadstoffintensität, die durch Umweltregulierung getrieben wird, sowie



Foto: © Bernd Leitner/digitalstock

Eine Studie des ZEW schätzt den Einfluss von Wirtschaftswachstum, Entwicklung des Handelsvolumens und des Strukturwandels auf die Schwefeldioxidemissionen eines Landes.

Umweltschützer und Globalisierungsgegner führen an, dass Strukturwandel in Verbindung mit freiem Handel die Umwelt schädigen kann. Ursprung dieser Befürchtung ist der potenzielle Wettbewerbsvorteil von Ländern mit weniger strengen Umweltregularien. Die Auswirkungen gesteigerter Handelsaktivitäten auf die Umwelt werden seit längerem in der ökonomischen Literatur diskutiert und nun im ZEW Discussion Paper Nr. 13-005 mit Hilfe einer neuen Datenbank analysiert.

Nutzung der neuen WIOD-Datenbank

Für die Analyse verwendet das ZEW Daten aus der World Input Output Database (WIOD), die im 7. Forschungsrah-

menprogramm der Europäischen Union (EU) entstand und seit Mai 2012 öffentlich verfügbar ist. Erstellt wurde die WIOD-Datenbank von elf europäischen Universitäten und Forschungsinstituten, unter anderem dem ZEW. Sie umfasst 40 Länder, darunter die 27 EU-Staaten sowie andere große Staaten, wie etwa China, auf die zusammen etwa 85 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2006 entfallen. WIOD liefert Daten für die Jahre 1995 bis 2009 und umfasst 36 Branchen aus Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Besonders interessant ist, dass die WIOD-Datenbank neben einer Reihe sozio-ökonomischer Daten, wie beispielsweise die Höhe der Produktion, der Beschäftigung und des

IN DIESER AUSGABE

Strukturwandel und internationaler Handel haben positive Auswirkungen auf die Umwelt . . .	1
Privatinvestoren konzentrieren ihre Beteiligung an jungen Unternehmen auf die Spitzentechnik . . .	2
Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft wachsen schneller als andere Gründungen	3
Modellprojekt in Nordrhein-Westfalen verbessert Studienorientierung von Schülern . . .	4
Deutschland liegt beim Vergleich betrieblicher Weiterbildung in Europa zurück	5
Nachgefragt: Zur Mega-Fusion im US-amerikanischen Luftverkehr	6
Effektive Unternehmenssteuerbelastung in Europa – Die Entwicklung von 1998 bis 2012 . . .	7
Erste MaCCI-Jahreskonferenz am ZEW	9
Konsumbasierte Ansätze in der Klimapolitik . . .	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

von Strukturwandel und hiermit einhergehender Änderungen des Handelsvolumens auf die Schwefeldioxidemissionen eines Landes. Das ZEW konzentriert sich dabei auf Schwefeldioxid, denn es hat als Indikator für Umweltverschmutzung günstige Eigenschaften.

So entsteht Schwefeldioxid als Abfallprodukt bei der Herstellung von Industriegütern, es hat starke lokale Auswirkungen, Vermeidungsstrategien sind wohl bekannt, und der Ausstoß von Schwefeldioxid wird staatlich reguliert. Des Weiteren wird Schwefeldioxid bei der Produktion in energieintensiven Branchen ausgestoßen; Branchen, die gleichzeitig besonders kapitalintensiv sind.

Das ZEW geht in seinem Schätzmodell (in Anlehnung an die bestehende ökonomische

Literatur) davon aus, dass internationaler Handel und Strukturwandel zusammenhängen und dass internationaler Handel endogen ist. Wäre Handel ein exogener Faktor, bedeutete dies, dass in Ländern, die mehr Handel treiben, deswegen mehr Schadstoffe ausgestoßen werden. Realistischer wäre es anzunehmen, dass andere Faktoren für den erhöhten Schadstoffausstoß verantwortlich sind. Auch das Pro-Kopf-Einkommen wird als endogener Faktor vom ZEW modelliert: In wohlhabenden Ländern steigen die Schadstoffemissionen nicht wegen des Wohlstands; sondern weil hier kapitalintensiver produziert wird als dies in ärmeren Ländern der Fall ist.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der ZEW-Untersuchung, dass inter-

nationaler Handel einen positiven Einfluss auf die Umwelt hat, also zu geringeren Schwefeldioxid-Emissionen führt. In diesem Sinne bestätigt die ZEW-Studie die bisherigen Erkenntnisse auf diesem Gebiet mit neuen wesentlich detaillierteren Daten. So hat im Modell eine Zunahme des Handels um ein Prozent zur Folge, dass die Pro-Kopf-Emissionen von Schwefeldioxid um 0,36 Prozent sinken. Handel hat einen wohlfahrtssteigernden Effekt, der letztlich zu erhöhter Nachfrage nach Umweltqualität und damit einhergehender Entwicklung und Nutzung umweltfreundlicher Produktionstechnologien führen könnte.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Sascha Rexhäuser, rexhaeuser@zew.de
Dr. Michael Schymura, schymura@zew.de

Privatinvestoren konzentrieren ihre Beteiligung an jungen Unternehmen auf die Spitzentechnik

Eine Studie des ZEW gibt einen Überblick über durch unternehmensexternes Beteiligungskapital finanzierte junge Unternehmen in Deutschland. Die Untersuchung erfolgte im Rahmen eines durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanzierten Projektes.

Junge Unternehmen benötigen für den Gründungsprozess und für ihre Etablierung am Markt eine ausreichende Finanzierung. Die traditionellen externen Finanzierungsformen wie Bankkredite oder öffentliche Förderkredite und -zuschüsse stehen häufig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung, insbesondere wenn junge Unternehmen nicht hinreichende Sicherheiten bieten können. Ferner unterliegt der formelle Beteiligungskapitalmarkt Restriktionen, die auf die hohen Renditeerwartungen der Risikokapitalgeber zurückzuführen sind. Risikokapitalfonds haben sich deshalb zunehmend aus der Frühphasenfinanzierung zurückgezogen und ihr finanzielles Engagement auf spätere Phasen der Unternehmensentwicklung fokussiert.

Ein möglicher Ausweg für die jungen Unternehmen liegt im informellen Beteiligungskapitalmarkt: Private Investoren be-

teiligen sich finanziell, auf eigenes Risiko, am neu gegründeten Unternehmen. Darüber hinaus unterstützen diese privaten Investoren häufig die Gründer mit ihren Erfahrungen und Verbindungen. Sie schaffen so einen zusätzlichen Wert für das Unternehmen. Vor diesem Hintergrund untersucht eine ZEW-Studie die Finanzierung von jungen Unternehmen durch unternehmensexterne Personen, sogenannte Privatinvestoren. Als junge Unternehmen gelten Unternehmen, die nicht älter als zehn Jahre sind. Konkret werden die Gründungen der Jahre 2001 bis 2011 betrachtet.

Direkte finanzielle Beteiligung

Mit Hilfe der Daten des Mannheimer Unternehmenspanels werden unternehmensexterne Personen identifiziert, die als Privatinvestoren finanziell an einem Unternehmen beteiligt sind. Berücksich-

tigung findet hierbei die direkte finanzielle Beteiligung von Privatinvestoren, das heißt andere übliche Beteiligungsformen wie zum Beispiel die stille Beteiligung werden hier nicht einbezogen.

Es zeigt sich, dass Privatinvestoren seit 2001 an rund 19.400 jungen Unternehmen der Gründungskohorten 2001 bis 2011 beteiligt waren. Das entspricht etwa 0,8 Prozent aller Gründungen dieser Kohorten. Mit einem Anteil von 3,3 Prozent treten Privatinvestorenbeiträgen vier Mal so häufig in Unternehmen der Spitzentechnik auf wie im Durchschnitt. Überproportional häufig engagieren sich Privatinvestoren zudem in jungen Unternehmen der hochwertigen Technologie, der technologieintensiven Dienstleistungen und in der Kreativwirtschaft. Typischerweise sind Privatinvestoren schon zu Beginn der Geschäftstätigkeit am Unternehmen beteiligt. Damit füllen Privatinvestoren offenbar die Early-Stage Finanzierungslücke, die dadurch entsteht, dass sich Venture Capital Gesellschaften meist erst in einer späteren Phase für junge Unternehmen interessieren.

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft wachsen schneller als andere Gründungen

Spinoff-Gründungen aus der Wissenschaft erreichen in den ersten Jahren ein höheres Beschäftigungswachstum als andere Gründungen. Dies zeigt eine Untersuchung des ZEW auf Basis von über 20.000 Unternehmensgründungen in Deutschland.

Spinoff-Gründungen durch Wissenschaftler können höhere soziale Kosten verursachen als Neugründungen durch Ausbildungsabgänger oder in der Privatwirtschaft Beschäftigte. Denn durch Ausgründungen aus der Wissenschaft kann das in der Forschung akkumulierte Wis-

„Performance-Prämie“ erzielen. Wissenschafts-Spinoffs sind Unternehmensgründungen, an denen zumindest eine Person beteiligt ist, die zuvor in einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung gearbeitet hat oder während der Unternehmensgründung noch in ei-

deten Unternehmen oder die Qualifikation der Mitarbeiter, wurde in den Modellrechnungen berücksichtigt. Die Schätzungen zeigen, dass Wissenschafts-Spinoffs ein um durchschnittlich 3,4 Prozentpunkte höheres Beschäftigungswachstum pro Jahr aufweisen als andere Gründungen. Der Unterschied ist noch größer, wenn es sich um Verwertungs-Spinoffs handelt.

Wettbewerbsvorteile der Wissenschaft

Ein Teil dieses insgesamt höheren Beschäftigungswachstums liegt daran, dass die Wissenschafts-Spinoffs häufiger mit Wissenschaftseinrichtungen zusammenarbeiten und dadurch verschiedene Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Gründungen realisieren können, wie zum Beispiel besseren Zugang zu neuen Forschungsergebnissen und modernen Laboreinrichtungen. Bereinigt man die Modellrechnungen um diese Parameter, so reduziert sich die Performance-Prämie auf ein um 2,7 Prozentpunkte höheres Wachstum. Der auf den ersten Blick nicht große prozentuelle Wachstumsvorsprung von Wissenschafts-Spinoffs bedeutet gleichwohl einen erheblich höheren Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn Wissenschafts-Spinoffs weiten ihre Beschäftigung in den ersten Jahren nach Gründung nicht nur rascher aus, sie beschäftigten auch von Anfang an eine größere Anzahl von Personen. Im ersten Geschäftsjahr sind bei ihnen im Mittel 6,8 Personen (in Vollzeitstellen gerechnet, inklusive Inhaber) tätig, im Vergleich zu 5,1 Personen in anderen Gründungen in den wissensintensiven Wirtschaftszweigen. Im sechsten Geschäftsjahr beträgt der Unterschied bei den geschaffenen Arbeitsplätzen aufgrund des höheren Wachstums bereits 4,4 Vollzeitstellen. Angesichts von rund 1.200 Wissenschafts-Spinoffs pro Jahr in Deutschland entspricht die „Performance-Prämie“ der Schaffung von zusätzlichen 5.300 Arbeitsplätzen je Gründungsjahrgang.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Foto: © Chris Ryan/Gettyimages

Spinoff-Gründungen durch Wissenschaftler bringen mehr Menschen in Beschäftigung als andere Gründungen.

sen verloren gehen. Anstelle einer Veröffentlichung von erzielten Forschungsergebnissen mit positiven Spillover-Effekten tritt die rein private Nutzung. Um diese höheren sozialen Kosten auszugleichen, sollten Spinoff-Gründungen durch Wissenschaftler höhere soziale Erträge produzieren, indem sie eine bessere Performance aufweisen.

Gibt es eine Performance-Prämie?

Auf Basis eines repräsentativen Datensatzes zu Unternehmensgründungen in wissensintensiven Wirtschaftszweigen in Deutschland der Jahre 1996 bis 2000 wurde untersucht, ob Spinoffs aus der Wissenschaft tatsächlich eine solche

ner Wissenschaftseinrichtung beschäftigt war. Wissenschafts-Spinoffs umfassen Verwertungs-Spinoffs, das sind Gründungen, deren zentrales Ziel es ist, neue Forschungsergebnisse, die an Wissenschaftseinrichtungen erzielt wurden, zu verwerten, und sonstige Gründungen durch Wissenschaftler, also Gründungen, bei denen nicht die Verwertung neuer Forschungsergebnisse im Zentrum stand.

Um zu untersuchen, ob Wissenschafts-Spinoffs eine besser Performance zeigen, wurde das Beschäftigungswachstum in den ersten Jahren nach der Gründung betrachtet. Der Einfluss anderer Parameter auf das Wachstum, etwa das Vorliegen eines Patents, die Durchführung von Forschung und Entwicklung im neu gegrün-

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Modellprojekt in Nordrhein-Westfalen verbessert Studienorientierung von Schülern

Das Projekt „Duales Orientierungspraktikum“ in Nordrhein-Westfalen ermutigt Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, sich mit der Möglichkeit eines Studiums auseinanderzusetzen. Es zeigen sich allerdings Wirkungsunterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen.

Das Projekt „Duales Orientierungspraktikum. Studienorientierung schaffen“, kurz DOP, ist Teil einer Initiative in Nordrhein-Westfalen (NRW), die junge Leute besser auf Ausbildung und Studium vorbereiten möchte. DOP zielt darauf ab, Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II Einblicke in einen Studiengang und die entsprechende berufliche Praxis zu geben. Dadurch sollen die jungen Menschen ermutigt werden, sich mit der Möglichkeit eines Studiums zu beschäftigen.

Das ZEW wurde von der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit mit der Untersuchung der Wirkungen des DOP beauftragt. Die quantitative Wirkungsanalyse stützt sich auf schriftliche Klassenraumbefragungen von Schülerinnen und Schülern. Ziel war zu erforschen, inwieweit sich zentrale Merkmale der Studienorientierung der Schülerinnen und Schüler durch die Teilnahme am DOP im Vergleich zu nicht teilnehmenden Schülerinnen und Schülern verbessert haben.



Das DOP Programm in Nordrhein-Westfalen soll Jugendlichen, insbesondere aus eher bildungsfernen Elternhäusern, die Möglichkeit eines Studiums näher bringen.

Das DOP wurde 2011 an 37 Schulen der Sekundarstufe II in Nordrhein-Westfalen angeboten. Je Schule nahmen etwa 20 Schülerinnen und Schüler der Oberstufe teil. Das DOP besteht aus einer einwöchigen Hospitation an einer Hochschule, in der die Schülerinnen und Schüler mindestens einen Studiengang kennenlernen. Darüber hinaus absolvieren die Teilnehmenden ein mindestens einwöchiges Betriebspraktikum in einem akademisch geprägten Berufsfeld.

26 Schulen die am DOP teilnehmen, erklärten sich bereit, die Evaluation zu unterstützen. Die jungen Leute wurden beispielsweise zu ihrer grundsätzlichen Studierneigung befragt, zur konkreten Studien- und Berufswahl sowie zu ihren schulischen Leistungen und ihrem familiären Hintergrund. Die gleichen Fragen wurden verschiedenen Kontrollgruppen von Schülerinnen und Schülern vorgelegt, die nicht am DOP teilnahmen. Die Kontrollgruppen verteilten sich auf insgesamt 19 Schulen.

Die Evaluation zeigt, dass es dem DOP gelungen ist, die Reflektion über die Berufswahl bei den Teilnehmenden zu verbessern. Das DOP trägt dazu bei, dass junge Leute verstärkt über die Möglichkeit eines Studiums nachdenken und verbessert den Planungs- und Informationsstand der Teilnehmenden. Gestärkt wurde auch die studienspezifische Selbstwirksamkeit vor allem bei jungen Menschen aus eher bildungsfernen Herkunftsmilieus. Diese Teilnehmenden fühlen sich etwa den Anforderungen des Studiums besser gewachsen oder sehen sich eher in der Lage, Studienziele tatsächlich zu erreichen. Somit hat das DOP auch zum Abbau sozialer Disparitäten beigetragen.

Weniger Unentschlossene beim DOP

Es bestehen weitere Wirkungsunterschiede des DOP je nach Personengruppen. So nehmen weniger unentschlossene Schülerinnen und Schüler und mehr Jugendliche mit einer bereits ausgeprägten Studierneigung am DOP teil als in den Kontrollgruppen. Diese Selektion ins DOP entspricht nicht dem Ziel, die Studierneigung vor allem bei Unentschlossenen zu fördern. Am DOP nehmen deutlich mehr Schülerinnen als Schüler teil und Schülerinnen profitieren vielfach stärker als Schüler. Hier kann von einer kompensierenden Wirkung bei der Studienorientierung gesprochen werden, da nach dem Bildungsbericht 2012 Schülerinnen mit einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung niedrigere Übergangsquoten vom Schul- in das Hochschulsystem haben als Schüler. Ferner profitieren Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund vom DOP. Hier kann jedoch nicht von einer kompensierenden Wirkung bei der Studienorientierung gesprochen werden, da Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Mittel höhere Übergangsquoten haben als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Dr. Jens Mohrenweiser, Dr. Karsten Reuß,
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Deutschland liegt beim Vergleich betrieblicher Weiterbildung in Europa zurück

Betriebliche Weiterbildung ist notwendig, um die Fähigkeiten der Beschäftigten an die sich wandelnden Anforderungen im Berufsleben anzupassen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Der internationale Vergleich zeigt allerdings, dass die Unternehmen in Deutschland nur in geringem Maße in die betriebliche Weiterbildung investieren.

Im Rahmen des Innovationsindikators 2012 im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung und des Bundesverbands der Deutschen Industrie hat das ZEW die Rolle der beruflichen Weiterbildung in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern untersucht. Allerdings sind international vergleichende Daten zum Umfang der Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen nur begrenzt verfügbar und nicht immer von hoher Aktualität.

Niedrige Weiterbildungsaktivitäten

Ein Maß für die generelle Verbreitung von Qualifizierungsaktivitäten unter den Erwerbstätigen ist der Anteil der Erwerbstätigen, die in den vergangenen vier Wochen an einer allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen haben. In Deutschland lag dieser Anteil im Jahr 2011 bei 7,9 Prozent – und damit deutlich unter den Werten der im Innovationsindikator vor Deutschland rangierenden Länder Schweiz (32,6 Prozent), Schweden (24,0 Prozent) und Niederlande (18,3 Prozent). In Dänemark, Finnland, Norwegen, Großbritannien und Österreich zeigt sich ebenfalls eine zum Teil deutlich höhere Weiterbildungsbeteiligung als in Deutschland.

International vergleichbare Daten zu den Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen werden vom Statistischen Amt der EU-Kommission alle sechs Jahre erhoben. Die zuletzt verfügbaren Werte beziehen sich auf das Jahr 2005 und bestätigen eine niedrige Weiterbildungsaktivität in Deutschland. Im Jahr 2005 boten 69 Prozent der Unternehmen in Deutschland Weiterbildungsaktivitäten, Weiterbildungskurse oder andere Formen der betrieblichen Weiterbildung an. Dies ist

deutlich weniger als in den skandinavischen Ländern, Großbritannien oder Österreich, wo deutlich über drei Viertel der Unternehmen in Weiterbildung investiert haben. Dabei sind es vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die auf betriebliche Weiterbildung verzichten.

Insgesamt nahmen in diesem Jahr 30 Prozent der Beschäftigten in Deutschland an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Der Unterschied zu den Zahlen für die Erwerbstätigen ergibt sich primär aus den verschiedenen Referenzzeiträu-

ro. Dies ist ebenfalls ein Indiz für eher kurze Weiterbildungsmaßnahmen. Allerdings liegen auch in vielen anderen Ländern die Weiterbildungskosten auf ähnlichem Niveau. Gemessen an den gesamten Personalaufwendungen investierten die Unternehmen in Deutschland 1,3 Prozent in betriebliche Weiterbildung. Dies ist nach Italien und Spanien der niedrigste Wert unter allen europäischen Vergleichsländern.

Weiterbildung in Innovationsprojekten

Weiterbildungsaktivitäten im Rahmen von Innovationsprojekten finden in Deutschland vergleichsweise häufig statt. Im Jahr 2008 führten 52 Prozent der Industrieunternehmen und 59 Prozent der Dienstleistungsunternehmen mit Pro-



Foto: © Monkey business Images/iStockphoto

Im internationalen Vergleich liegen die Aktivitäten der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland auf eher niedrigem Niveau.

men. Während sich die Unternehmensdaten auf das gesamte Kalenderjahr beziehen, stützen sich die Erwerbstätigen-Daten auf einen Zeitraum von vier Wochen. Der Unterschied zeigt klar, dass sich viele Beschäftigte nur während eines kurzen Zeitraums innerhalb eines Jahres weiterbilden. Die Weiterbildungskosten je Teilnehmer ohne anteilige Personalkosten lagen 2005 in Deutschland bei 1.650 Eu-

dukt- oder Prozessinnovationsaktivitäten Weiterbildungsmaßnahmen zur Umsetzung und Einführung dieser Innovationen durch. Nur in Belgien und Österreich wurden höhere Werte erzielt. Dies zeigt, dass den innovationsaktiven Unternehmen sehr wohl bewusst ist, wie wichtig Weiterbildung gerade für den Erfolg von Innovationsprojekten ist.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Nachgefragt: Zur Mega-Fusion im US-amerikanischen Luftverkehr

Hochzeit am Himmel – Effekte auf den Wettbewerb in der Luftverkehrsbranche

Die amerikanischen Luftfahrtunternehmen American Airlines und US Airways wollen sich zur weltgrößten Fluggesellschaft zusammenschließen. Juniorprofessor Dr. Kai Hüschelrath, Wettbewerbsökonom am ZEW, erläutert die Konsequenzen dieser Mega-Fusion.

Die durch die Fusion von American Airlines und US Airways entstehende Fluggesellschaft wird nach Passagierzahlen die größte der Welt. Was bedeutet das für den Wettbewerb im Luftverkehr?

Aus wettbewerbsökonomischer Sicht sind bei horizontalen Fusionen immer zwei gegenläufige Effekte zu berücksichtigen. Einerseits führen solche Zusammenschlüsse unweigerlich zu einer Erhöhung der Marktkonzentration und stehen somit im Verdacht, den Wettbewerb zu reduzieren und Preiserhöhungen hervorzurufen. Andererseits können durch solche Fusionen Effizienzvorteile erzielt werden, die den Preissteigerungsanreizen entgegenwirken.

Welche Effekte werden beim Zusammengehen der beiden Airlines erwartungsgemäß dominieren?

Es ist schwierig, die Effizienzsteigerungspotenziale zu identifizieren und zu quantifizieren. Eine Abschätzung des Einflusses auf den Wettbewerb durch eine Analyse auf Basis der einzelnen Streckenmärkte ist dagegen möglich. So wird eine Wettbewerbsbehörde beispielsweise untersuchen, auf welchen Streckenmärkten

die fusionierenden Parteien derzeit im direkten Wettbewerb stehen und welche Folgen zu erwarten sind, wenn dieser Wettbewerb durch die Fusion geschwächt wird oder gar zum Erliegen kommt. Wenn es beispielsweise viele Streckenmärkte gibt, auf denen American und US Airways die beiden einzigen Wettbewerber sind, dann wird die Fusion mit einer größeren Wahrscheinlichkeit zu Preiserhöhungen führen als in Fällen in denen es entweder noch weitere Wettbewerber auf den entsprechenden Strecken gibt oder diese nach erfolgter Fusion mit großer Wahrscheinlichkeit in den Markt eintreten werden.

Welche Folgen hat die Fusion für den internationalen Wettbewerb und für die deutschen Fluglinien?

Obwohl ein Schwerpunkt der wettbewerbsökonomischen Analyse sicherlich auf dem inneramerikanischen Markt liegen wird, hat die geplante Transaktion zweifellos auch eine internationale Komponente. Beide Gesellschaften bieten eine Vielzahl an internationalen Flugverbindungen an und sind derzeit Mitglieder unterschiedlicher Luftverkehrsallianzen. Während US Airways seit 2004 Mitglied

der Star Alliance ist, ist American Gründungsmitglied der oneworld Allianz. In der deutlich kleineren oneworld Allianz ist American die einzige US-amerikanische Fluggesellschaft, während die Star Alliance mit United Airlines über eine zweite große US-amerikanische Fluggesellschaft verfügt. Es ist zu bezweifeln, dass eine Luftverkehrsallianz ohne großen US-amerikanischen Partner langfristig überlebensfähig ist. Daher wäre es aus Wettbewerbsgründen wünschenswert, wenn sich die fusionierte American-US Airways der oneworld Allianz anschließen würde und auf diese Weise den internationalen Wettbewerb – nicht nur auf transatlantischen Strecken – erhalten oder sogar beleben würde.

Was heißt das ganz konkret?

Aus deutscher Sicht würde Air Berlin als Mitglied der oneworld Allianz von der Fusion dahingehend profitieren, dass sich die entsprechende Vielfalt an Streckenverbindungen und Flugoptionen erhöhen würde. Im Umkehrschluss würde Lufthansa kurzfristig durch den Wegfall eines Kooperationspartners an Konnektivität einbüßen; aufgrund des Verbleibs von United Airlines in der Star Alliance sind diese Effekte aber als eher klein und nur vorübergehend einzuschätzen.

Inwiefern wirkt sich die Fusion auf die großen Luftverkehrsdrehkreuze, die sogenannten Hubs, in den Vereinigten Staaten aus?

Die durch eine Fusion von zwei Fluggesellschaften anvisierten Effizienzvorteile können nur realisiert werden, wenn im Rahmen der Integration der beiden Unternehmen eine Reorganisation der Streckennetze erfolgt. Dies führt unweigerlich zu Änderungen in den Fluggastaufkommen an den entsprechenden Flughäfen und Drehkreuzen. Derzeit betreibt American Drehkreuze in Dallas, Chicago, Miami und New York (JFK), während US Airways Drehkreuze in Charlotte, Philadelphia und Phoenix hat. Die Hubs in Philadelphia

Juniorprof. Dr. Kai Hüschelrath ist Leiter der Forschungsgruppe „Wettbewerb und Regulierung“ am ZEW sowie Koordinator des Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI)“. Seit 2006 untersucht er am ZEW wettbewerbsökonomische Themen, zuletzt war er Senior Researcher im Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“. Er ist Inhaber der Juniorprofessur für Industrieökonomik und Wettbewerbsstrategie an der WHU Otto Beisheim School of Management.



Foto: ZEW

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

und New York (JFK) weisen eine recht große geographische Nähe auf, sodass eine Zusammenlegung in Erwägung gezogen werden könnte. In eine solche Entscheidung müssen allerdings eine Vielzahl an weiteren Faktoren wie etwa die verfügbaren Flughafenkapazitäten einfließen, so

dass hier ohne eine gründliche Analyse keine belastbare Einschätzung gegeben werden kann. Sollte es allerdings zur Aufgabe eines Drehkreuzes kommen, so sind erhebliche ökonomische Konsequenzen für die entsprechenden Flughäfen zu erwarten. Dies zeigt unter anderem die Auf-

lösung des Trans World Airlines Hubs in St. Louis nach der Übernahme durch American im Jahre 2001. Dort sank die Anzahl der täglich durchgeführten Flüge von 800 auf etwas mehr als 200.

Juniorprof. Dr. Kai Hüschelrath, hueschelrath@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Effektive Unternehmenssteuerbelastung in Europa – Die Entwicklung von 1998 bis 2012

Dieser Beitrag gibt Einblick in die Entwicklung der effektiven Durchschnittssteuerbelastung verschiedener Länder über den Zeitraum von 1998 bis heute. Sie ist von besonderem Interesse für die Beurteilung der Standortattraktivität der betrachteten Staaten aus steuerlicher Sicht.

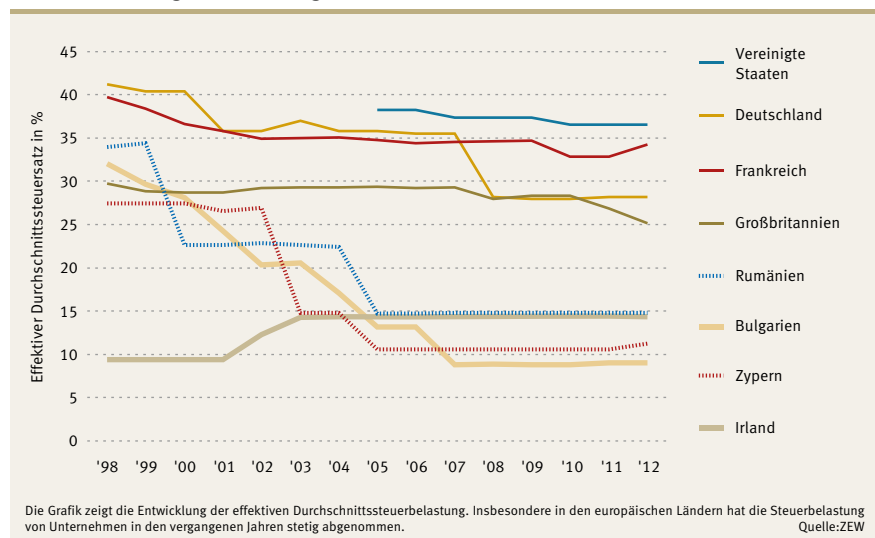
Das ZEW berechnet im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Steuern und Zollunion, und in Zusammenarbeit mit PricewaterhouseCoopers die Effektivsteuerverlastungen von Unternehmen in den Ländern der Europäischen Union (EU) sowie weiteren bedeutsamen Industrienationen. Betrachtet werden die Länder der EU, ausgewählte EU-Beitrittskandidaten und die OECD-Staaten Kanada, Japan, Norwegen, Schweiz sowie die Vereinigten Staaten über den Zeitraum 1998 bis 2012. Ergebnis der langjährigen und kontinuierlich aktualisierten Arbeiten ist eine weltweit einmalige Datenbank, die über die Erfassung gesetzlicher Steuerparameter hinausgeht und investitions-theoretisch fundierte Maße für steuerliche Anreize auf die Lokalisierung und das Volumen nationaler und grenzüberschreitender Investitionen bereithält. Hierzu werden basierend auf den wichtigsten Elementen des Steuerrechts der Länder die effektive Durchschnitts- und Grenzsteuerbelastung der Unternehmen entsprechend der etablierten Methodik von Devereux und Griffith gemessen. Die gewonnenen Informationen finden Eingang in wissenschaftliche Publikationen und die wirtschaftspolitische Beratung.

Die im Herbst der EU-Kommission überreichten neuesten Zahlen für das Jahr 2012 wurden nunmehr zur Veröffentlichung freigegeben. Die folgenden Ausführ-

ungen geben Einblick in die Entwicklung der effektiven Durchschnittssteuerverlastung über den Zeitraum von 1998 bis zum Jahr 2012. Dieses Maß ist von besonderem Interesse für die Beurteilung der Standortattraktivität der betrachteten Staaten aus steuerlicher Sicht. Im Gegensatz zu einem reinen Tarifvergleich misst

re Bemessungsgrundlagenregelungen, wie zum Beispiel Abschreibungssätze, die Möglichkeit des Abzugs von Fremdkapitalzinsen und gegebenenfalls Substanzsteuern auf das Unternehmensvermögen ein. Konkret betrachtet wird ein Investitionsvorhaben, das sich zu gleichen Teilen aus fünf Wirtschaftsgütern zusammensetzt, das heißt einem Betriebsgebäude, einer Maschine, einem erworbenen Patent, einer Finanzanlage und Vorratsvermögen. Finanziert wird die Investition zu 65 Prozent aus Eigenkapital und zu 35 Prozent aus Fremdkapital.

Steuerbelastungsverlauf ausgewählter Standorte im Zeitraum 1998-2012



die effektive Durchschnittssteuerverlastung die Steuerlast, die auf ein hypothetisches hochprofitables Investitionsprojekt erhoben wird. Sie bezieht dabei neben der tariflichen Belastung insbesondere

Aktuell zeigen die Berechnungen für das Jahr 2012 eine durchschnittliche effektive Steuerbelastung aller EU Mitgliedsstaaten in Höhe von 20,9 Prozent. Im Gesamtranking 2012 der auf dieser Basis

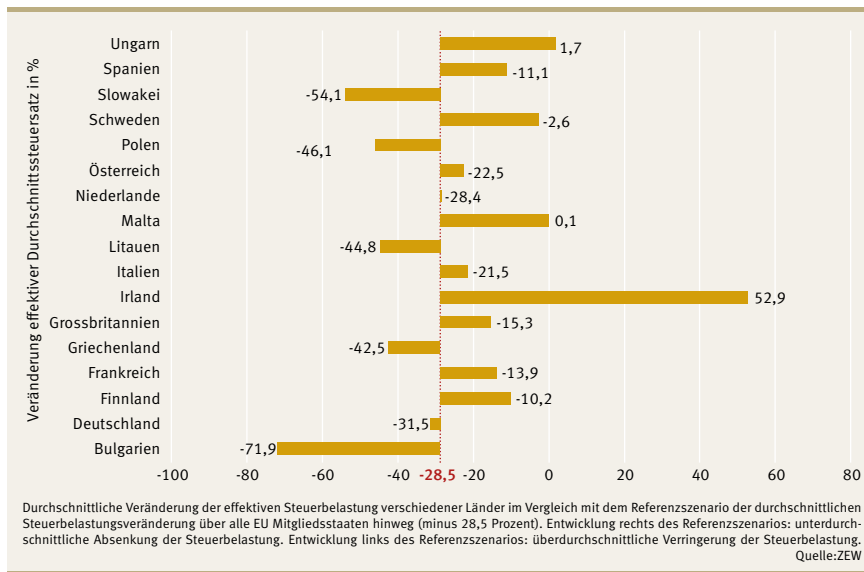
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

berechneten effektiven Durchschnittssteuersätze aller betrachteten Länder zeigt Japan mit 40,1 Prozent die höchste Effektivbelastung. Demgegenüber ist Mazedonien aus dem Kreis der untersuchten Standorte jenes Land mit der geringsten Belastung in Höhe von 7,9 Prozent. Innerhalb der EU erhebt Frankreich mit 34,2

reich den Platz mit der höchsten Steuerbelastung geteilt. 2008 hat Deutschland jedoch mit einer umfassenden Steuerreform seine Effektivbelastung um 7,3 Prozentpunkte auf 28,2 Prozent gesenkt. Hauptverantwortlich für den Rückgang war eine Tarifsenkung der Körperschaftsteuer von vormals 25 auf 15 Prozent. Da-

ven Steuerbelastungsveränderung ausgewählter EU Mitgliedstaaten zwischen 1998 und 2012 verglichen mit der durchschnittlichen Belastungsänderung über alle EU Mitgliedsstaaten. Die durchschnittliche Belastungsänderung über alle EU Länder hinweg liegt bei dem Referenzwert von minus 28,5 Prozent. Länder, deren Veränderung der effektiven Unternehmenssteuerbelastung rechts von diesem Wert liegt, haben ihre effektive Durchschnittssteuerbelastung, gemessen am Trend innerhalb der EU, unterdurchschnittlich gesenkt. Länder, deren Veränderung nach links ausschlägt, haben ihre effektive Durchschnittssteuerbelastung hingegen überdurchschnittlich verringert.

Relative Steuerbelastungsveränderung zwischen 1998 und 2012



Prozent die höchste Effektivsteuer und Bulgarien mit lediglich 9,0 Prozent die niedrigste. Deutschland rangiert im Jahr 2012 auf Platz 30 von den insgesamt 35 betrachteten Ländern, wobei Platz 1 der niedrigsten Steuerbelastung entspricht.

Tendenziell sinkende Steuerbelastung

Die Abbildung auf Seite 7 zeigt für acht ausgewählte Standorte den Verlauf der effektiven Durchschnittssteuerbelastung eines rein nationalen Investments zwischen 1998 und 2012. Es ist zu beachten, dass die Berechnungen für die Vereinigten Staaten erst seit 2005 durchgeführt wurden. Generell ist ein Abwärtstrend deutlich zu sehen. Besonders unter europäischen Staaten, die aufgrund des gemeinsamen Binnenmarktes in einem stärkeren Standortwettbewerb miteinander stehen, wird diese Tendenz ersichtlich. Hingegen ist die Steuerbelastung in den Vereinigten Staaten konstant am höchsten. Innerhalb Europas haben sich in der Vergangenheit Deutschland und Frank-

mit verbesserte Deutschland sein Ranking um vier Plätze und rückte von Platz 33 auf Platz 29 vor. Im Vergleich dazu weist Irland langfristig eine der niedrigsten Unternehmenssteuerbelastungen auf, die ab 2003 konstant bei 14,4 Prozent liegt. Großbritannien weist eine deutlich höhere Steuerbelastung auf. Indes hat Großbritannien seit 1998 seine effektive Steuerbelastung gesenkt, derzeit erhebt es jedoch mit 25,2 Prozent einen effektiven Durchschnittssteuersatz nur knapp unterhalb des deutschen Wertes.

Interessant ist die Entwicklung der hier gezeigten jüngeren EU Mitgliedstaaten Bulgarien, Slowakei und Zypern. Bei allen drei Ländern ist erkennbar, dass vor ihrem Beitritt zur EU (Slowakei und Zypern 2004, Bulgarien 2007) die Steuerbelastung drastisch sank und seither auf dem Niveau des Beitrittszeitpunkts konstant ist. Derzeit weisen diese Staaten eine in der EU vergleichsweise geringe effektive Durchschnittssteuerbelastung auf.

Die Abbildung auf dieser Seite gibt Auskunft über die Abweichung der relati-

Steuerpolitische Stellschrauben

Für das Beispiel Niederlande bedeutet dies, dass die effektive Unternehmenssteuerbelastung in den Niederlanden seit 1998 nahezu exakt im durchschnittlichen Trend der EU gesenkt wurde, genau um 28,4 Prozent. Im Vergleich dazu hat Bulgarien am stärksten an der steuerpolitischen Stellschraube gedreht und den effektiven Durchschnittssteuersatz um nahezu 72 Prozent des Ausgangsniveaus von 1998 verringert. Die relative Steuer senkung, gemessen in Prozent des Ausgangsniveaus, übersteigt damit den entsprechenden Trend in der EU um das 2,5-fache. Länder wie die Slowakei, Polen, Litauen, Griechenland, Bulgarien und am Rande auch Deutschland haben ihre Steuerbelastung seit 1998 in überdurchschnittlicher Weise gesenkt. Alle anderen EU Mitgliedsstaaten lagen gegenüber der durchschnittlichen Entwicklung zurück. Interessanterweise ist nur für zwei Ländern – Irland und Ungarn – eine absolute Erhöhung der Steuerbelastung über die Zeit zu erkennen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der generelle Trend der Steuersenkung innerhalb Europas von den meisten Ländern mitgetragen wurde. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise, die ihren Ausbruch 2008 hatte, ist jedoch ein Stocken dieser Entwicklung zu erkennen. Ob der Steuerwettbewerb damit sein vorzeitiges Ende gefunden hat, bleibt abzuwarten.

Katharina Richter, richter@zew.de
Dr. Jost Heckemeyer, heckemeyer@uni-mannheim.de

KONFERENZEN

Erste MaCCI-Jahreskonferenz am ZEW

Das Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), eine gemeinsame Initiative der Universität Mannheim und des ZEW, veranstaltete am 15. und 16. Februar 2013 die erste Jahreskonferenz zum Thema Wettbewerb und Innovation am ZEW in Mannheim.

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft und Wirtschaft konnten zur ersten MaCCI-Jahreskonferenz am ZEW begrüßt werden. Im Mittelpunkt des ersten Tages stand das Thema „vertikale Wettbewerbsbeschränkungen“. Es wurde im Rahmen mehrerer Hauptvorträge sowie zweier Podiumsdiskussionen aus ökonomischer und juristischer Sicht intensiv diskutiert. Zunächst hielten Thibaud Vergé (Autorité de la Concurrence) und Giorgio Monti (European University Institute) ihre Gastvorträge. Anschließend nahmen beide zusammen mit Jorge Padilla (Compass Lexecon) an der ersten Podiumsdiskussion zum Thema „rechtliche und ökonomische Perspektiven selektiver Vertriebssysteme“ teil.

Vertikale Preisbindung

Als Hauptredner für den zweiten Teil des Programms konnten Roman Inderst (Universität Frankfurt) und Alison Jones (King's College) gewonnen werden, die über „vertikale Preisbindung“ sprachen

und hierbei sowohl die ökonomische als auch die rechtliche Seite beleuchteten. An der daran anknüpfenden Podiumsdiskussion

MaCCI steht für „**Mannheim Centre for Competition and Innovation**“, einen vom Land Baden-Württemberg und der Leibniz-Gemeinschaft finanziell unterstützten Forschungsverbund, der den Austausch zwischen Juristen und Ökonomen stärkt und damit in Fragen der Wettbewerbs-, Regulierungs- und Innovationspolitik neue Impulse gibt. MaCCI ist ein gemeinsames Projekt des ZEW und der Fakultät für Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim. Zu den Kernthemen, die im Rahmen von MaCCI untersucht werden, gehören neben vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, Missbrauch von Marktmacht, Fusionskontrolle und der privaten und öffentlichen Durchsetzung des Kartellrechts die Regulierung des Telekommunikations- und Energiesektors sowie der Wettbewerb im Gesundheitswesen. Weitere Informationen: www.macci-mannheim.eu

kussion nahmen neben den beiden Hauptrednern auch Pierre Larouche (Tilburg University), Laura Phaff (Office of Fair Trading) sowie Patrick Rey (University of Toulouse) teil. Am zweiten Konferenztag präsentierten 30 Vortragende insgesamt zwölf Sitzungen ihre neuesten

Forschungsergebnisse zu allgemeinen ökonomischen und juristischen Fragen der Wettbewerbspolitik. Ergänzt wurden die Sitzungen durch Vorträge von Volker Nocke zum Thema „Horizontale Fusionen“ sowie Luis Cabral, der anhand von Fallbeispielen auf die Bedeutung von Exklusivverträgen als Markteintrittsbarrieren einging. Den Abschluss der Konferenz bil-

dete die Rede von William Kovacic (George Washington University), der als einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts gilt. Er referierte über die Bedeutung multifunktionaler Wettbewerbsbehörden.

Florian Smuda, smuda@zew.de

Konsumbasierte Ansätze in der Klimapolitik

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und das Centre for International Climate and Environmental Research Oslo (CICERO) veranstalteten am 6. und 7. März 2013 eine gemeinsame Konferenz zum Thema „Consumption-Based Approaches in Climate Policy“.

In Anbetracht einer wachsenden Bevölkerung und steigender Kaufkraft – insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern – erweist sich die Begrenzung des Klimawandels als zunehmend schwierig, sofern etablierte Konsumgewohnheiten bestehen bleiben. Vor diesem Hintergrund gewinnen konsum-

basierte Ansätze in der Klimapolitik an Bedeutung. Im Gegensatz zu produktbasierten Ansätzen stehen hier nicht die emissionsverursachenden Prozesse im Vordergrund, sondern der Verbraucher und die Verringerung der in seinem Konsum enthaltenen Treibhausgasemissionen. Die gemeinsame internationale Kon-

ferenz von CICERO und ZEW brachte renommierte Wissenschaftler zusammen um neue Ansätze einer konsumbasierten Klimapolitik zu diskutieren. Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. Andreas Löschel (ZEW), stellte Ko-Organisator Dr. Glen Peters (CICERO) zunächst die der Konferenz zugrunde liegenden Problematik vor. Obwohl weltweit Anstrengungen unternommen werden um Treibhausgasemissionen zu verringern, steigen die globalen Emissionen weiterhin an. Dies liegt zum einen an der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in China, aber auch dran,

KONFERENZEN

dass die entwickelten Volkswirtschaften immer mehr emissionsintensive Güter importieren. In den nachfolgenden Präsentationen erörterten die Referenten verschiedene Aspekte einer konsumbasierten Klimapolitik. Die ersten Beiträge befassten sich mit der Entwicklung der

im internationalen Handel beinhalteten Ströme von Treibhausgasemissionen und der Frage, inwiefern die derzeitige Datenlage einen Übergang zu konsumbasierten Ansätzen zulässt. Im Anschluss wurde diskutiert, wie eine konsumbasierte Herangehensweise an die Klimapolitik aus-

sehen könnte und welches ökonomische Potenzial sie besitzt.

Weitere Informationen: www.zew.de/environmentalconference2013

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Dr. Glen Peters, glen.peters@cicero.oslo.no
Simon Koesler, koesler@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 13-012, Florian Misch, Norman Gem-mell, Richard Kneller: Using Surveys of Business Perceptions as a Guide to Growth-Enhancing Fiscal Reforms.

Nr. 13-011, Gunnar Lang, Michael Schröder: Do we Need a Separate Banking System? An Assessment.

Nr. 13-010, Christof Ernst, Katharina Richter, Nadine Riedel: Corporate Taxation and the Quality of Research and Development.

Nr. 13-009, Matthias Hunold, Christoph Wolf: Competitive Procurement Design: Evidence from Regional Passenger Railway Services in Germany.

Nr. 13-008, Wolfgang Buchholz, Michael Schymura: How Can Pure Social Discounting be Ethically Justified?

Nr. 13-007, Andreas Löschel, Michael Schymura: Modeling Technological Change in Economic Models of Climate Change: A Survey.

Nr. 13-006, Andreas Löschel, Bodo Sturm, Reinhard Uehleke: Revealed Preferences for Climate Protection when the Purely Individual Perspective is Relaxed - Evidence from a Framed Field Experiment.

ZEW INTERN

ZEW Wissenschaftler mit Best Paper Award ausgezeichnet



Auf der 8. Internationalen Energiewirtschaftstagung (IEWT) in Wien wurde Sven Heim für seinen Beitrag der Best Paper Award verliehen. In dem vom internationalen Programmkomitee ausgezeichneten Papier „Do Discriminatory Auctions Favor Collusive Behavior? – Evidence from Germany’s Market for Reserve Power“ wird ein drastischer Preisanstieg am deutschen Regenergiemarkt analysiert, der sich nicht durch einen Kostenanstieg begründen lässt. Im Ergebnis wird der Preisanstieg durch strategische Interaktion der Auktionsgebote der beiden marktmächtigsten Anbieter erklärt, die auf einen Missbrauch des „Pay-As-Bid“ Mechanismus zurückzuführen ist. Das Papier liefert neue Erkenntnisse zum optimalen Auktionsdesign für Energiemärkte.

Die zweijährlich ausgetragene IEWT fand 2013 vom 13. bis 15. Februar an der TU Wien statt und wird gemeinsam von der TU Wien und der AAEE (Austrian Association for Energy Economics) organisiert. Sie stand dieses Jahr unter dem Motto „Erneuerbare Energie: Überforderte Energiemärkte“. Die IEWT richtet sich gleichermaßen an Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaftler und gilt als größte und renommierteste energiewirtschaftliche Konferenz im deutschsprachigen Raum. Sie zielt auf die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis und zählte in diesem Jahr etwa 400 Teilnehmer sowie mehr als 150 Vorträge in den Plenar- und Parallelsessions. Sven Heim ist seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Wettbewerb und Regulierung und Promovend an der Universität Gießen.

Das prämierte Paper sendet Ihnen Sven Heim auf Wunsch gerne zu: heim@zew.de

ZEW INTERN

ZEW Wissenschaftlerin erhält Best Paper Award

Auf der „DRUID Academy Conference 2013“ in Aalborg, Dänemark, wurde Paula Schliessler mit dem Bent Dalum PhD Award 2013 ausgezeichnet. Das prämierte Forschungspapier mit dem Titel „The Effect of Patent Litigation on Firm Performance – Evidence for Germany“ beschäftigt sich mit den Mechanismen im deutschen Patentverletzungssystem und den Auswirkungen von verschiedenen Prozessausgängen auf die im Prozess beteiligten Parteien. Die DRUID-Konferenz richtet sich aus-

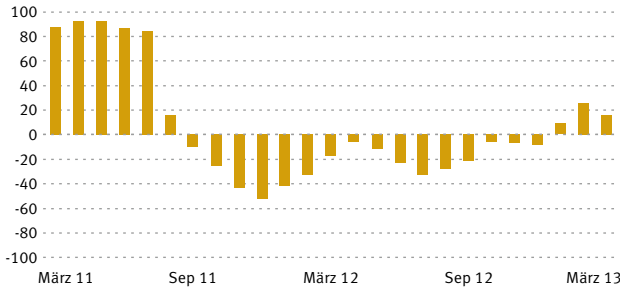
schließlich an Doktoranden und wird jährlich von der DRUID Society ausgerichtet. Paula Schliessler ist seit Februar 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin im ZEW-Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ und Doktorandin an der katholischen Universität Leuven, Belgien.

Das prämierte Paper ist als ZEW Discussion Paper Nr. 13-015 zum Download verfügbar unter: www.zew.de/publikation6919

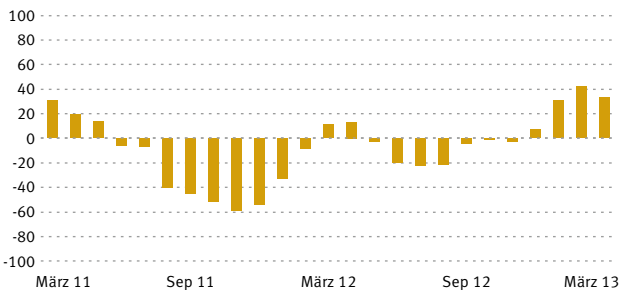


DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März 2013



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Zinserwartungen gehen zurück

Im März rechnen weniger der vom ZEW befragten Analysten mit steigenden kurzfristigen Zinsen in der Eurozone. Ihr Anteil an allen reduziert sich von 31,7 Prozent im Vormonat auf nun 20,3 Prozent. Dementsprechend ist der Indikator, der die Zinserwartungen widerspiegelt, von 26,0 auf nun 16,2 Punkte zurückgegangen. Grund hierfür dürfte sein, dass die Inflationsrate in der Eurozone im Februar auf 1,8 Prozent gefallen ist, so dass eine restriktive Geldpolitik seitens der Europäischen Zentralbank weniger notwendig erscheint.

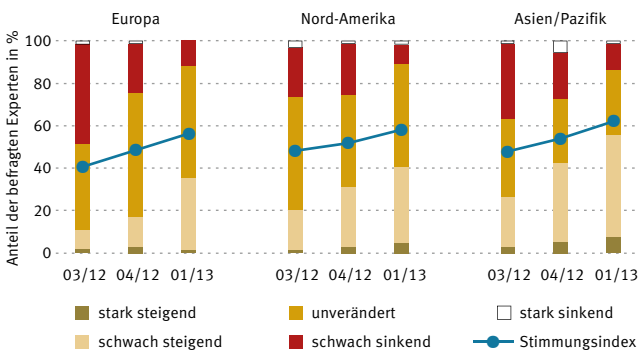
Dr. Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Konjunkturerwartungen gehen zurück

Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten differenzieren derzeit sehr deutlich im Hinblick auf die Erwartungen für die Konjunktur in Deutschland sowie der Eurozone. In Bezug auf die letztere sind die Konjunkturerwartungen im Lichte des politischen Patts in Italien und der Finanzierungsprobleme Zyperns im März zurückgegangen. Der entsprechende Indikator sinkt um 9,0 Punkte auf nun 33,4 Punkte. Nicht so für Deutschland: Hier bleiben die Konjunkturerwartungen mit 48,5 Punkten im Vergleich zum Vormonat praktisch unverändert.

Dr. Christian David Dick, dick@zew.de

Frachtmengen in der Seeschifffahrt legen kräftig zu

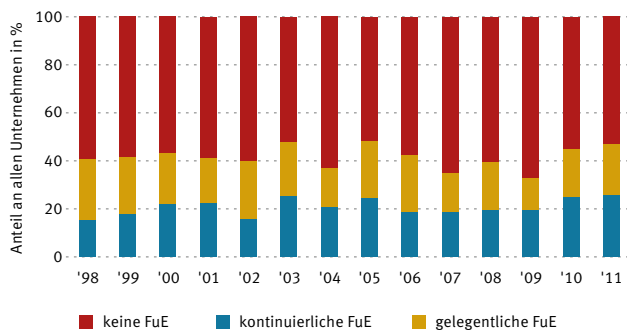


Quelle: ZEW

Die Seeschifffahrt war der einzige Verkehrsträger, dessen Frachtmengen in Deutschland im Jahr 2012 zugelegt haben – um knapp zwei Prozent. Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 fortsetzt. Dies gilt zumindest für den Verkehr mit Asien, wo bereits im Jahr 2012 das stärkste Wachstum zu verzeichnen war und wohin inzwischen 20 Prozent der deutschen Seefracht transportiert wird. Der Stimmungindex zur Seefrachtentwicklung hat gegenüber den beiden letzten Quartalen des Jahres 2012 markant zugelegt.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Gummi- und Kunststoffverarbeitung: Forschung und Entwicklung gewinnt an Bedeutung



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der Anteil der Unternehmen in der deutschen Gummi- und Kunststoffverarbeitung, die sich kontinuierlich mit Forschung und Entwicklung (FuE) befassen, hat 2011 weiter zugenommen. Mit 26 Prozent wurde der bisherige Spitzenwert von 2003 wieder erreicht. Weitere 21 Prozent der Unternehmen führten FuE anlassbezogen („gelegentlich“) durch. Im Vergleich zum Krisenjahr 2009, als nur ein Drittel der Unternehmen kontinuierlich oder gelegentlich geforscht hat, ist die FuE-Beteiligung um 13 Prozentpunkte gestiegen. Die Einstiegskosten in FuE sind für kleine Firmen in der Branche offenbar vergleichsweise niedrig.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Reaktivierung der Vermögensteuer um jeden Preis?

Im Bundestagswahlkampf wird der Vorschlag, Vermögen stärker zu besteuern, eine wichtige Rolle spielen. Vermögen wird in Deutschland derzeit vor allem in Form der Erbschaftsteuer belastet. Nun soll eine jährlich zu entrichtende Steuer auf das Nettovermögen jedes Steuerpflichtigen hinzukommen. Eine solche Steuer hat es in Deutschland schon einmal gegeben. Sie wurde aber 1995 vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt, weil sie unterschiedliche Vermögensformen sehr ungleich belastete.

Befürworter einer Reaktivierung der Vermögensteuer wie zum Beispiel die SPD oder die Grünen führen zwei Argumente an. Erstens hat der Staat sich in der Finanzkrise hoch verschuldet, um Banken zu retten. Private Gläubiger der Banken sind vor Verlusten bewahrt worden. Nun erscheint es fair, Vermögende zur Kasse zu bitten, um die Staatsschulden wieder abzubauen zu können. Das zweite Argument lautet, die Ungleichheit in Deutschland sei zu groß und der Sozialstaat sei unterfinanziert.

Was ist von diesen Argumenten zu halten? Die Vorstellung, dass die finanziellen Probleme unseres Staates gelöst werden können, indem eine kleine Gruppe Wohlhabender – Schätzungen gehen von rund 150.000 Personen aus – belastet wird, erscheint auf den ersten Blick attraktiv, zumindest für die breite Mehrheit der Bevölkerung, die diese Steuer nicht bezahlen muss. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die Vermögensteuer neue Ungerechtigkeiten schaffen und erheblichen wirtschaftlichen Schaden anrichten würde, der uns alle trifft. Wer mehr Umverteilung will, sollte lieber die Progression der Einkommensteuer steigern oder die Erbschaftsteuer effektiver nutzen. Das hat folgende Gründe.

Das Hauptproblem der Vermögensteuer besteht darin, dass sie Investitionen und Arbeitsplätze gefährdet. Eine aktuelle Analyse des ZEW von Christoph Spengel und Lisa Evers untersucht, wie die Kombination aus bestehenden Steuern und einer neuen Vermögensteuer Unternehmen belasten würde. Dabei zeigt sich,

dass die Einführung einer Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent und Freibeträgen von zwei Millionen Euro die effektive Steuerbelastung je nach Unternehmenstyp um 14 bis 20 Prozent steigern würde. Hinzu kommt, dass die Vermögensteuer auch dann zu zahlen wäre, wenn ein Unternehmen Verluste macht – sie wirkt krisenverstärkend. Deshalb räumt selbst Peer Steinbrück ein, dass Betriebsvermögen verschont werden muss. Bei den meisten wohlhabenden Steuerzahlern ist aber ein Großteil des Vermögens in Unternehmen gebunden.

Natürlich gibt es auch Steuerzahler mit sehr hohen Finanzvermögen. Die können der Steuer jedoch leicht entgehen, zum Beispiel durch Umzug ins Ausland. Damit trifft die Steuer am Ende nur diejenigen, die Immobilienvermögen haben, das nicht abwandern kann. Mit einer gerechten Verteilung der Steuerlast hat das nichts zu tun. Hinzu kommt, dass der Erhebungsaufwand der Steuer auf bis zu 50 Prozent des Steueraufkommens geschätzt wird, weil das Vermögen laufend bewertet werden muss.

Aus diesen Gründen sind Nettovermögensteuern in fast allen Industrieländern abgeschafft worden. Oft wird behauptet, in Deutschland seien vermögensbezogene Steuern niedriger als in anderen Ländern. Das liegt aber in erster Linie daran, dass im Ausland die Grundsteuern höher sind. Hier könnte man in der Tat über Steuererhöhungen nachdenken. Die Vermögensteuer zu reaktivieren wäre dagegen ein steuerpolitischer Sonderweg und ein Signal an Investoren im In- und Ausland, Deutschland zu meiden. Das gilt auch für eine einmalige rückwirkende Vermögensabgabe, weil die Ankündigung, sie nicht zu wiederholen, unglaubwürdig wäre. Wer im Wahlkampf verspricht, die Vermögensteuer zu reaktivieren, könnte das im Fall des Wahlerfolgs bereuen – der Preis, den Deutschland für die Reaktivierung dieser Steuer zahlen würde, ist zu hoch.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013